Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, [illegible], Threna usw.)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, ¼jährlich Mk. 9.—, ohne Austragen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2.

Anzeigenpreise: Die 6gespaltene Korpuszeile 70 Pfg., auswärts 80 Pfg. Amtlicher Teil Mk. 1.50. Reklamezeile Mk. 1.50. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Austrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Günz & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 109 — Mittwoch, den 14. September 1921 — 32. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichswirtschaftsrat spricht in einem Gutachten eine Warnung aus vor drohender Übersteuerung und vor der anwachsenden Unübersichtlichkeit in der Besteuerung.

* Amtlich werden die Gerüchte von einer Erschütterung der Stellung des Reichsjustizministers Schiffer infolge der Wirkung der Ausnahmeverordnungen als unbegründet erklärt.

* Ministerpräsident v. Kahr und Justizminister Roth in Bayern sind zurückgetreten, da die Ausschußsitzung des Landtags sich für Aufhebung des Belagerungszustandes entschied.

* Die Landtagswahlen in Thüringen ergaben Verluste der extremen Parteien rechts und links und eine Stärkung der deutschen Volkspartei und der Mehrheitssozialisten.

Schädlinge im Lande.

Von einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Alle paar Wochen haben wir im Reiche einen neuen Rekord des umlaufenden Papiergeldes. Der Reichsbankausweis vom 31. August zeigt bekanntlich einen Banknotenumlauf von über 80 Milliarden Mark. Dazu kommen noch etwa 7,8 Milliarden Mark Darlehnskassenscheine. Da aber auch die Reichskassenscheine eigentlich ungedecktes Papiergeld sind, muß die Gesamtsumme des umlaufenden deutschen Papiergeldes mit rund 90 Milliarden Mark angenommen werden. Das bedeutet eine Steigerung um mehr als 2½ Milliarden in einer Woche. Genau so hoch wie die Steigerung des Geldumlaufes in der letzten Augustwoche war, belief sich der gesamte Banknotenumlauf vor dem Kriege.

Der gesamte Geldumlauf einschließlich Metallgeld betrug vor dem Kriege etwa fünf Milliarden Mark. Umgerechnet bedeutet das eine Steigerung des Lebensunterhaltes um das achtzehn- und zwanzigfache, die ja auch in vielen Fällen erreicht sein dürfte, selbst wenn man eine Milderung durch den Umstand annimmt, daß ein großer Teil deutscher Geldscheine ins Ausland gewandert ist. Vermehrung des Geldumlaufes und Steigerung der Preise stehen in enger Wechselwirkung zueinander.

Nun steigen die Preise für ausländische Zahlungsverpflichtungen an Deutschland, sog. Devisen, unheimlich. Im Juli blieben die Devisenkurse ziemlich unverändert; in diesem Monat gelang es der Reichsregierung nämlich, durch Vermittlung holländischer Banken namhafte Kredite in Anspruch zu nehmen. Im August vor dem Fälligkeitstermin der ersten Goldmilliarde setzten wieder umfangreiche Devisenkäufe des Reiches ein. Die dadurch verursachte Kurssteigerung der Devisen hat bis jetzt angehalten. Bekanntlich hat sich das Reich schließlich doch genötigt gesehen, einen Restbetrag von etwa 68 Millionen Goldmark in gemünztem ausländischen Golde zur Auffüllung der ersten Schuldrate den Edelmetallbeständen der Reichsbank zu entnehmen. Welches waren nun die Kräfte, welche dem Reiche die Devisen verteuerten und dadurch die Zahlung der Reparationsschuld erschwerten?

Deutsche, die in den letzten Monaten Reisen im Ausland gemacht haben, bestätigen immer wieder, in welchem Umfange selbst der kleine Mann im Ausland mit deutschen Geldscheinen und deutschen Werten spekuliert. Viele Milliarden deutschen Papiergeldes befinden sich in ausländischem Besitz. Natürlich erwarten die ausländischen Besitzer ein Steigen des Markkurses, um die deutschen Geldzettel dann mit Gewinn verkaufen zu können. Die fortschreitende Entwertung der deutschen Mark bringt die Gefahr mit sich, daß all die kleinen Markspekulanten jenseits unserer Grenzen aus Angst, noch mehr Geld zu verlieren, die deutschen Noten plötzlich um jeden Preis loszuschlagen suchen. Tritt das ein, so müssen wir eine Entwertung unseres Geldes noch unter den Stand von Ende Januar 1920 befürchten. Am 27. Januar 1920 stieg nämlich der Kurs des holländischen Gulden an der Berliner Börse auf M. 40. Aber auch das Inland beteiligt sich je länger je mehr an der Devisenspekulation. Die berufsmäßigen Börsenspekulanten sind natürlich längst dahinter gekommen, daß der Riesenbedarf des Reiches an Devisen zu einer anhaltenden starken Nachfrage und damit zu einer fortschreitenden Verteuerung der Devisen führen muß. Die Teile des Publikums, die in den Mitteln, Geld zu verdienen, immer skrupelloser werden, haben sich der berufsmäßigen Spekulation an die Rockschöße gehängt. Ein großer Teil des deutschen Volkes spekuliert heute **gegen** das Geld des Deutschen Reiches. Man weiß ganz genau, daß spätestens nach einigen Monaten das Reich wieder große Posten von Devisen wird kaufen müssen. Für diesen Augenblick will die Spekulation gerüstet sein und kauft daher auf den Börsen an Devisen zusammen, was sie irgendwie erreichen kann. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß dies Manöver gelingt. Künftige Barzahlungen werden dann dem Reiche noch sehr viel teurer zu stehen kommen als die Bezahlung der ersten Barmilliarde. Bei der Aufbringung der nächsten, spätestens aber bei der übernächsten großen Barsumme wird sich das Deutsche Reich zu Tode zahlen, wenn nicht inzwischen das in der Reparationskommission vertretene Gläubiger-Konsortium zur Einsicht gelangt und eine Revision des Londoner Ultimatums vom 5. Mai vornimmt.

Regierungswechsel in Bayern

Herrn v. Kahrs Rücktritt.

Die Auseinandersetzungen zwischen der Reichsregierung und dem bayerischen Kabinett haben zum Rücktritt des bisher leitenden Mannes, des bayerischen Ministerpräsidenten v. Kahr, geführt. Mit ihm hat Justizminister Roth, der am weitesten rechts stehende Mann des Ministeriums, sein Rücktrittsangebot eingereicht. Die amtliche Veröffentlichung, mit der diese Entschlüsse bekanntgegeben werden, lautet:

Nach den Beschlüssen des ständigen Landtagsausschusses sollte sich die bayerische Regierung gegenüber der Reichsregierung bereiterklären, der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern näherzutreten, wenn die Verordnung des Reichspräsidenten über die Zeitungsverbote entsprechend den Beschlüssen des ständigen Landtagsausschusses geändert werde. Die bayerische Regierung hat bei dem ständigen Landtagsausschuß noch den Zusatz beantragt, daß der Aufhebung des Ausnahmezustandes dann nähergetreten werden soll, „wenn die Verhältnisse es gestatten". Dieser Zusatz ist in der Sonntagssitzung vom ständigen Landtagsausschuß mit Mehrheitsbeschluß abgelehnt worden. Deshalb treten Ministerpräsident v. Kahr und Justizminister Dr. Roth zurück.

In der entscheidenden Sitzung des Landtagsausschusses hatte man sich mit Stimmenmehrheit auf die vorstehenden Vorschläge geeinigt. Den Zusatzantrag der bayerischen Regierung lehnte der Ausschuß gegen die Stimmen der Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationalen) und eines Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei (Zentrum) ab. Daraufhin erklärten Ministerpräsident von Kahr und Justizminister Roth ihren Rücktritt. Kultusminister Matt wurde vorläufig mit der Führung der Geschäfte des Ministerpräsidenten betraut.

v. Kahr.

Wahrscheinlich werden die übrigen Minister, außer den Herren von Kahr und Roth, im Amte bleiben.

Als Nachfolger Kahrs nennt man vorläufig, wenn auch noch ohne bestimmten Anhalt, den früheren Minister Knilling und den Abg. Held. Entscheidend wirkte im Ausschuß die Erklärung des Abg. Speck (Bayerische Volkspartei), der ausführte: Es gibt keinen anderen Ausweg, als auf den Boden des Abkommens mit dem Reich zu treten und alles zu unterlassen, was im Reichstag und bei der Reichsregierung den Eindruck erwecken könnte, daß wir auf Umwegen etwas erreichen wollen. Wir müssen uns auf den Boden der Reichsverfassung stellen, wenn wir uns nicht dem Vorwurf des Verfassungsbruches aussetzen wollen.

Mitteilung nach Berlin.

Der Landtagsbeschluß mit dem Ausgleichsvorschlag ist sofort von München an die Reichsregierung telegraphisch übermittelt. Man nimmt in bayerischen Parlamentskreisen an, daß eine Kabinettssitzung der Reichsregierung zu diesen Vorschlägen Stellung nehmen wird, und daß in der Sitzung des Überwachungsausschusses des Reichstages darüber die Entscheidung fällt. In Kreisen der Koalitionsparteien hofft man, daß die Reichsregierung den bayerischen Ausgleichsvorschlag im Interesse der Verständigung und der Versöhnung annehmen werde. Bis Mittwoch, an welchem Tage der Landtag wieder zusammentritt, hofft man, die notwendige Klärung herbeigeführt zu sehen. Die zukünftige Regierungskoalition in Bayern dürfte künftig voraussichtlich nur aus der Bayerischen Volkspartei (Zentrum), aus den Demokraten und aus dem Bayerischen Bauernbund, vielleicht mit Zuziehung der Sozialdemokraten, bestehen. Der drohende Bruch mit der Reichsregierung erscheint also nach dem Willen der Landtagsmehrheit vermieden. Sie ist grundsätzlich zu dem Entgegenkommen bereit, den Belagerungszustand aufzuheben, wobei sie annimmt, daß ihr hierfür die Reichsregierung in der Handhabung der Ausnahmeverordnungen ein Stück entgegenkommt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Reichswirtschaftsrat gegen Übersteuerung.

In einem Gutachten nimmt der Reichswirtschaftsrat zu den neuen Steuerprojekten Stellung. Der Reichswirtschaftsrat sieht darin die Gefahr, daß die Steuergesetzgebung **unübersichtlich** zu werden scheine, namentlich da die gleichen Gegenstände durch Länder, Gemeinden und Reich der Besteuerung unterworfen werden. Deshalb betont der Reichswirtschaftsrat die Notwendigkeit einer baldigen Ergänzung der Reichssteuergesetzgebung in der Richtung, daß nirgends die Gesamtbelastung durch Reich, Länder und Gemeinden die Grenzen des wirtschaftlich Erträglichen überschreitet.

Der Ausfall der Thüringer Landtagswahlen.

Die am Sonntag stattgefundenen Landtagswahlen haben nach den einstweiligen Ergebnissen Verluste für die Deutschnationalen, Unabhängigen und Kommunisten gebracht. Deutsche Volkspartei und Mehrheitssozialdemokraten gewannen dagegen an Stimmen und Mandaten. Demokraten behaupteten sich, der Thüringer Landbund und das zum erstenmal auf den Plan tretende Zentrum, schnitten ebenfalls gut ab.

Italien.

× **Forderungen der Südtiroler.** Eine Versammlung Südtiroler Gemeindevorsteher hat Forderungen aufgestellt, um die Südtiroler Eigenart innerhalb des italienischen Staatsverbandes zu schützen. Sie fordern u. a. Wiederherstellung der autonomen Landeseinrichtungen und Befreiung vom Militärdienst, da Italien nicht verlangen könne, daß die Deutschen Südtirols für Italien Waffendienste tun, während in Deutschland und Deutschösterreich Militärfreiheit herrscht.

Aus In- und Ausland.

Hamburg. Hier kam es zu **politischen Zusammenstößen**, bei denen einige Leute mißhandelt, andere verhaftet wurden.

Genf. Seit dem Zusammentritt der Völkerbundsversammlung sind hier keine amtlichen Mitteilungen mehr über die Verhandlungen in der **oberschlesischen Frage** vom Völkerbundrat ausgegeben worden. Alle umlaufenden Gerüchte sind lediglich Vermutungen.

Wien. Wie es heißt, beabsichtigt Italien bei der Auseinandersetzung über das **Burgenland** zugunsten Österreichs gegen Ungarn einzugreifen.

Elektrizitätsstreik in Berlin.

Straßenverkehr und Geschäftsleben stillgelegt.

Berlin, 12. September.

Mit der Plötzlichkeit, die wir in Berlin nun leider schon gewohnt sind, ist wieder einmal ein Streik der Elektrizitätsarbeiter ausgebrochen. Was das in der Millionenstadt besagen will, haben wir bei verschiedenen Gelegenheiten schon erfahren müssen. Die Gasarbeiter haben sich den elektrischen Arbeitern sofort angeschlossen. Der Betrieb der Elektrizitätswerke ruht vollständig, obwohl die Arbeiter anwesend sind, weil auch die Maschinenmeister zu den Ausständigen gehören. Die Gasversorgung konnte noch aufrechterhalten werden, weil Vorrätte in den Gasometern vorhanden sind. Hingegen machen sich bereits Schwierigkeiten auf den Fernsprechämtern bemerkbar, die für längere Zeit auf die Zuführung von elektrischem Strom nicht verzichten können. Eine große Anzahl industrieller Firmen, die auf elektrischen Strom von den städtischen Werken angewiesen sind, liegen schon still. Auf dem Osthafen stocken die Geschäfte. Der Straßenbahnverkehr ist besonders im Zentrum der Stadt fast vollständig brachgelegt. Einige Straßenbahnlinien konnten im Westen aufrechterhalten werden. Die Untergrundbahn verfügt über eine eigene elektrische Zentrale, sie verkehrt deshalb weiter, natürlich unter lebensgefährlichem Andrange. Die Autobusse wurden gestürmt. Die Straßenbeleuchtung dürfte am Abend größtenteils ausfallen, sowohl wo elektrisches Licht vorgesehen ist wie auch für Gaslicht. Eine Menge von Industriefirmen, die nicht eigene Kraftwerke haben, mußten schließen.

Wie der Streik entstand.

Die Angestellten, kaufmännisches und technisches Personal, der Elektrizitätswerke usw. hatten seit 1919 einen Tarifvertrag, der im März von dem Kommunalbeamtenverband gekündigt wurde, obwohl die großen Zentralverbände den Tarif beibehalten wissen wollten. Nach den Erklärungen der Angestellten hat der Magistrat die Tarifverhandlungen mit ihnen nun immer wieder verzögert, und als es schließlich zu Beratungen kam, konnte keine Einigung erzielt werden. Der Magistrat bestand darauf, daß der größte Teil der Angestellten in die Beamtenbesoldungsordnung eingereiht werde. Dies wurde von dem Personal abgelehnt, da es sich zum Teil dann schlechter stehen würde als bisher. Der Schlichtungsausschuß entschied zu ungunsten des Magistrats. Während die Angestellten den Schiedsspruch annahmen, lehnte ihn der Magistrat ab. Daraufhin wurde von der zuständigen Instanz diesem Schiedsspruch Rechtskraft verliehen. Der Magistrat fügte sich aber noch nicht, sondern beschloß, beim Reichsarbeitsminister Beschwerde einzulegen.

Der Reichsarbeitsminister befaßt sich mit Einigungsverhandlungen.

Ausnahmeverordnung und Arbeitsmöglichkeit.

In dem Aufruf der Reichsregierung begegnet man dem vortrefflichen Gedanken, nur durch dauernde, ungestörte Arbeit kann es gelingen, Reich und Volk über die schweren Zeiten hinwegzuführen. Es gibt keinen über-

SLUB
Wir führen Wissen.